Humanistische Union

Bürgerrechtler begrüßen Entscheidung der SPD für ein religionskundliches Pflichtfach

Angebot der Humanistischen Union Berlin zur Einführung eines Runden Tisches über religionskundlichen Unterricht in Berlin

Zum Bildungsparteitage der Berliner SPD, erklärt Nina Helm, Berliner Landesvorsitzende der Bürgerrechtsorganisation Humanistischen Union:

Es ist vernünftig, dass sich die SPD für ein religionskundliches Fach für alle und gegen eine Abmeldeklausel entschieden hat. Eine Abmeldeklausel wäre auf ein Wahlpflichtfach Religion hinausgelaufen. Ein solches Modell würde aber der religiös-weltanschaulichen Vielfalt in Berlin nicht gerecht. Um die Religionsfreiheit aller bestmöglich zu gewährleisten, muss Glaubensunterweisung Sache der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften bleiben. Die staatliche Schule kann und sollte aber darauf hinwirken, dass Vielfalt akzeptiert wird, die Rechte Andersgläubiger und Andersdenkender anerkannt und demokratische Spielregeln eingeübt werden. Dafür bietet ein gemeinsames Fach Lebensgestaltung - Ethik -Religionskunde (LER) neue Möglichkeiten.

Kenntnisse über die verschiedenen Religionen, Weltanschauungen und Kulturen gehören zur Allgemeinbildung. Eine Abmeldemöglichkeit von LER aus religiösen Gründen wäre ähnlich verfehlt wie entsprechende Abmeldungen vom Biologieunterricht oder vom Schwimmunterricht.

Verfassungsrechtliche Probleme kann die Humanistische Union als Bürgerrechtsorganisation nicht erkennen. Jetzt muss es darum gehen, das neue Fach zu gestalten. Wir hoffen, dass die Kirchen nach den polemischen und haltlosen Äußerungen der vergangenen Woche zu einem sachlichen Diskurs zurückkehren. Dazu schlagen wir einen Runden Tisch vor, bei dem neben Inhalten und Methoden auch geklärt werden sollte, welchen Beitrag Bekenntnisgemeinschaften zu dem neuen Fach leisten können. Die Humanistische Union, die weder parteipolitisch noch weltanschaulich gebunden ist, stünde als Moderatorin für eine solche Diskussion gern zur Verfügung.

---

https://www.humanistische-union.de/pressemeldungen/buergerrechtler-begruessen-entscheidung-der-spd-fuer-ein-religionskundliches-pflichtfach/
Abgerufen am: 29.03.2024